



Filmstill aus: *Machines*. Regie: Rahul Jain, Indien 2016

Streiks und Polizeigewalt

In Indien versinken Arbeitsrechte in der Informalität

Arbeitsrechte werden in Indien kleingeschrieben. Die gesetzliche Anerkennung von Arbeitskämpfen konnte sich nie etablieren. Die neoliberal-autoritäre Wende der letzten Jahre verstärkt die Spaltung der in den Betrieben Arbeitenden und die Rechtlosigkeit insbesondere im Informellen Sektor noch. Doch kämpferische Zusammenschlüsse von Arbeitenden wehren sich dagegen.

von **Hanns Wienold**

► Am 18. März 2017 verurteilte das Gericht der aufstrebenden Industriestadt Gurgaon im Bundesstaat Haryana in einem Aufsehen erregenden Prozess 31 Menschen, 13 davon zu lebenslanger Haft. Bei den Angeklagten handelte es sich um Arbeiter von Maruti Suzuki in Manesar, dem größten, sich im ausländischen Mehrheitsbesitz befindlichen Automobilhersteller in Indien. 117 Arbeiter wurden freigesprochen, nachdem die meisten über drei Jahre in Untersuchungshaft waren.

Zwölf der zu lebenslanger Haft Verurteilten gehörten der Führung der Gewerkschaft Maruti Suzuki Workers Union (MSWU) an, die erfolgreiche Arbeitskämpfe unter Beteiligung von Festangestellten wie den temporär Beschäftigten angeführt hatte. Etwa 70 Prozent der 4.400 Arbeitskräfte bei Maruti Suzuki waren »informell« beschäftigt, sie hatten keinen Arbeitsvertrag (casual workers) oder arbeiteten als »Leiharbeiter« (contract workers). Diese »informellen« Arbeitskräfte erhalten keine Sozialleistungen und haben keine soziale Sicherung. Sie verdienen weniger als die Hälfte des Lohns der permanent Beschäftigten.

Die Urteile mit drakonischen Strafen gegen die Gewerkschaftsführer auf Grundlage widersprüchlicher Zeugenaussagen und einer löchrigen Beweislage lösten in ganz Indien Protestkundgebungen aus. Für die Betroffenen ist das Ziel des Gerichtsverfahrens gegen die gewerkschaftliche Organisation von sogenannten formellen und informellen Arbeitskräften klar: »Mit dem Urteil will uns die Regierung ein Zeichen geben. ‚Arbeiter, organisiert Euch nicht auf diese Weise. Arbeiter haben zu arbeiten und nicht zu fragen‘«, so der Maruti-Beschäftigte Gurmurkh Singh.

Aussperrung mit dem Schlagstock

► Hintergrund des Gerichtsurteils waren jahrelange Auseinandersetzungen bei Maruti Suzuki um Arbeitsbelastung, Löhne und die Bildung einer Gewerkschaft. Begleitet waren sie von Streikaktionen, an denen sich auch die informellen Arbeitskräfte beteiligten. Die permanenten Arbeitskräfte wollte das Unternehmen in die »gelbe«, unternehmerfreundliche Gewerkschaft Maruti Udyog Kamgar drängen. Die hiergegen gerichtete unabhängige Gewerkschaft MSWU konnte im Februar 2012 registriert werden.¹ Maruti beantwortete die Registrierung, der auch eine Reihe gesetzlicher Hürden im Weg standen, prompt mit der Entlassung von über 500 permanenten und 1.800 temporären Arbeitern. Verhandlungen über bessere Arbeitsbedingungen und die Festanstellung von Leiharbeitern blieben erfolglos. In der Folge kam es beim Streit um die Entlassung eines Arbeiters am 18. Juli 2012 bei Maruti in Manesar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern, Aufsehern und Sicherheitskräften, in deren Verlauf ein Feuer ausbrach. Einer der Geschäftsführer kam dabei ums Leben.

Die Polizei riegelte das Fabrikgebäude ab und begann mit Verhaftungen.

Auch in anderen Unternehmen der Autoindustrie wie Belsonica Auto und Satyam Motors wurden betriebliche Gewerkschaften gebildet. Dabei erlauben die indischen Arbeitsgesetze keine gemeinsame Organisation von Dauer- und ZeitarbeiterInnen. Etliche Streikaktionen wurden gewaltsam beendet, da es in Indien kein verfassungsmäßiges Streikrecht gibt. Die Polizei traktierte 2006 rund 800 Arbeiter von Honda mit Schlagstöcken, als sie die Gründung einer Gewerkschaft und die Wiedereinstellung entlassener Zeitarbeiter forderten. Im Februar 2016 wurden 3.000 Leiharbeiter und 150 Festangestellte bei Honda nach einem Streik vor die Tür gesetzt und landeten teils im Gefängnis. Bei Ansammlungen vor dem Werkstor ist die Polizei schnell mit Schlagstöcken präsent, sodass Streikende häufig »ihre« Werke besetzen. Für die neuen Industrieparks beschloss der Bundesstaat Haryana 2016 die Einrichtung von Polizeistationen in der direkten Nachbarschaft von Fabriken.

Maruti beschäftigt seit der Auseinandersetzung von 2012 überwiegend Arbeiter mit Sieben-Monats-Verträgen, was die Verständigung mit den permanent Beschäftigten erschwert. Auch in anderen Industrieunternehmen laufen die Arbeitsverträge nur zwischen einem halben und einem ganzen Jahr. In den großen Fabriken sind inzwischen nur noch 30 bis 50 Prozent der Arbeitskräfte fest angestellt, in den Zulieferbetrieben liegen die Anteile zwischen 5 und 30 Prozent.

Formell versus informell

► Die Grenzen zwischen formellen und informellen Arbeitssektoren, zwischen »organisierter« und »unorganisierter« Arbeit sind in Indien längst verwischt. Neben permanenten und temporären Arbeitskräften werden auch in den industriellen Kernsektoren Scharen von »Tagelöhnern« (casual workers) eingesetzt. Für jede reguläre Arbeitskraft steht häufig an den Werkstoren bereits eine weitere bereit, die darauf wartet, für diese einzuspringen und einen Fuß in den »formellen« Sektor zu setzen.

Im industriellen Sektor sind etwa 19 Millionen Männer und Frauen beschäftigt, das sind knapp sieben Prozent der (erwachsenen) Erwerbstätigen. Etwa die Hälfte von ihnen arbeitet zwar »regulär«, aber ohne Vertrag – und damit ohne Kündigungsschutz und Sozialleistungen. Ein Fünftel wird als »TagelöhnerInnen« beschäftigt; häufig sind es von Kontraktoren (Mittelsmännern) angeworbene MigrantInnen aus ländlichen Regionen. Der Anteil der durch Arbeitsverträge arbeitsrechtlich gesicherten Beschäftigten in der Industrie sank zwischen 1999 und 2012 von 43 auf 32 Prozent.

Diese »Informalisierung« ist auch in anderen Bereichen wie dem Dienstleistungssektor oder der Bauindustrie bemerkbar. Der schmale gesetzlich (und teilweise auch tarifvertraglich) regulierte Sektor nimmt die millionenfach nachrückenden Generationen und die im Zuge der Agrarkrise freigesetzten Arbeitskräfte nur zu kleinen Teilen auf. So müssen diese zunehmend auf Arbeitsschutz, gewerkschaftliche Organisation und dauerhafte Beschäftigung verzichten.

Gut 90 Prozent der nach einer »Einkommensquelle« suchenden InderInnen sind auf den so genannten Informellen Sektor (IS) angewiesen. Gemäß der offiziellen Abgrenzungen gehören hierzu

90 Prozent der Arbeitsuchenden sind auf den informellen Sektor angewiesen

Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten sowie das unüberschaubare Feld der »Selbständigen« oder sich selbst Beschäftigenden (self employed).² Rund die Hälfte des IS machen selbständige LandwirtInnen aus. Auch KleinunternehmerInnen, HandwerkerInnen, Schuhputzer und StraßenverkäuferInnen sind darin inbegriffen. Knapp sechs Millionen Arbeitssuchende kommen jedes Jahr hinzu und »kreieren« aus der Not heraus neue Jobs. Im IS gibt es keine Arbeitslosigkeit, da fast jeder, mit Ausnahme der Resignierten, mit dem Kampf ums Überleben beschäftigt ist.

Der Statistiker A.K. Ghose hält etwa 105 Millionen Arbeitskräfte für »Surplus Labour«, die ohne Verminderung des Waren- und Dienstleistungsangebots den Arbeitsmarkt räumen könnten.

Der IS stellt somit ein nicht ausschöpfbares Reservoir billiger Arbeitskräfte dar. Nach unterschiedlichen Schätzungen flottieren zwischen 40 und 100 Millionen Menschen zwischen Land und Stadt als migrierende Arbeitskräfte, ohne ein dauerhaftes Auskommen zu finden (Economic Survey 2016-2017). Besser Qualifizierte drängen sich um die Zugänge zu den regulären Sektoren, insbesondere zur (quotierten) Beschäftigung beim Staat mit guter Bezahlung, Familienleistungen und sicheren Renten.

Die Arbeitslosenquote der unter Dreißigjährigen steigt für AbsolventInnen der vom Staat geförderten tertiären Ausbildungsgänge auf über 30 Prozent. Im Januar 2018 empfahl der hindunationalistische Premierminister Narendra Modi arbeitssuchenden Hochqualifizierten den Verkauf von Pakoras (ein indischer Snack) als Beschäftigung: »Wenn eine Person, die Pakoras verkauft, 200 Rupien am Tag verdient, wird das dann als Beschäftigung betrachtet oder nicht?«³ Für die indische Regierung wie auch für die Weltbank erscheint der IS nicht als Problem der Beschäftigungspolitik, sondern als dessen Lösung für die wachsenden Arbeitskraftreserven. ►

Türkei: Tarifabkommen trotz Streikverbot

► Trotz eines Streikverbots durch die türkische AKP-Regierung setzten die ArbeiterInnen der Metallindustrie jüngst ihre Tarifforderungen durch. Vorausgegangen war das am 26. Januar 2018 eingeführte Streikverbot der türkischen Regierung, welches die Streiks von 130.000 Beschäftigten in knapp 180 Unternehmen unterbinden sollte. Bereits zum vierzehnten Mal in ihrer Amtszeit hatte die AKP-Regierung ein solches Verbot durchgesetzt. Es hieß, die Streiks gefährdeten die Staatssicherheit. Bei den Warnstreiks am 30. Januar legten die MetallarbeiterInnen in zwei Schichten jeweils für eine halbe Stunde ihre Arbeit nieder. In Demonstrationen prangerten sie das Streikverbot an, von dem auch deutsche Unternehmen wie Bosch, Mercedes Benz und Siemens profitieren. Nach einem Generalstreik am 2. Februar wurden nun rückwirkende Lohnerhöhungen von 24,6 Prozent ab August 2017 sowie die Erhöhung der Sozialbeiträge und eine verbesserte Krankenversicherung erreicht.

aus: www.labournet.de



Filmstill aus: Machines

Im Zuge der neoliberalen Deregulierungspolitik in den 1990er Jahren wurden etwa 150.000 dauerhaft Beschäftigte der Textilindustrie in Ahmedabad, dem »Manchester Indiens«, entlassen. An ihre Stelle traten die informellen Betriebe in Surat, im Süden Gujarats, in denen BinnenmigrantInnen zu Anhängseln der maschinellen Textilproduktion werden. Der Dokumentarfilm »Machines« von Rahul Jain zeigt das eindrucksvoll. Auch die Arbeit in der Informalität unterliegt kapitalistischen Profitinteressen, denen die ArbeiterInnen in den Sweatshops der Textilindustrie, beim Diamantenschleifen, als »Heimarbeiter« oder als saisonale LandarbeiterInnen unterworfen sind.

Neue Klassenbewegungen um Arbeitsrechte?

► Einige der im IS Arbeitenden organisieren sich in bestimmten Erwerbszweigen gewerkschaftlich, um Lohnforderungen oder Forderungen nach Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards durchzusetzen. Die staatliche Kontrolle durch Fabrik- und Arbeitsinspektoren ist jedoch sehr weitmaschig. Auf Besuche von Arbeitsstätten wird häufig verzichtet, oft kaufen sich die Eigentümer davon frei.

Die überregionale Frauenorganisation SEWA unterstützt Gruppen bei solcher Organisationsarbeit, etwa in der Bidi-Industrie (eine aus Tabakblättern gerollte Zigarette) oder bei Hilfsarbeiterinnen auf dem Bau. Rina Agarwala von der Johns Hopkins University, die in Indien mit SEWA zusammen arbeitet, sieht dabei eine neue Form der Klassenbewegung im Entstehen. Diese richtet sich mit ihren Forderungen nach Sozialleistungen hauptsächlich an den Staat, weil die »Arbeitgeber« sich ihren sozialen Verpflichtungen im IS weitgehend entziehen.

Eine zentrale Forderung der Bewegung der Frauen ist ihre formelle Anerkennung als »Worker« durch eine »Workers Identity Card«, die den Zugang zu staatlichen Leistungen wie Gesundheitsversorgung oder Erziehung und Bildung eröffnen soll.⁴ Mit dieser Forderung traten am 17. Januar diesen Jahres mehr als 500.000 Beschäftigte, die als unterbezahlte »Informelle« in staatlichen Sozialprogrammen (Kinder- und Mütterbetreuung, Schulspeisung, Gesundheitsdienste und weiteres) tätig sind, in einen indienweiten Streik.

Die Forderungen der »Informellen« werden auch von den Gewerkschaftsverbänden aufgegriffen und waren Gegenstand bei nationalen Streikaktionen im September 2016. Gefordert wurde unter anderem die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine universelle soziale Sicherung, die Anhebung des Mindestlohns auf 18.000 Rupien im Monat, eine gesicherte Alterspension von 3.000 Rupien für alle, die Abschaffung der Leiharbeit, die Lohngleichheit, die Einhaltung der Arbeitsgesetze, die Ratifizierung der ILO-Konventionen zur Assoziationsfreiheit und zu kollektiven Tarifverhandlungen sowie die beschleunigte Anerkennung von Gewerkschaften.

Wie die Vorgängerregierungen versucht sich auch die gegenwärtige an einer Reform der mehr als sechzig, zum Teil aus der Kolonialzeit stammenden Arbeitsgesetze. Sie zielt dabei auf die insbesondere von transnationalen Unternehmen geforderte Deregulierung einer angeblich rigiden Gesetzgebung, etwa beim Kündigungsschutz. Der politische Widerstand der gewerkschaftlichen Dachverbände ist jedoch durch die Rücksichtnahme der regierungsnahen Verbände auf die jeweilige Regierung geschwächt, auch wenn die von den rechten Hindu-Nationalisten (Rashtriya Swayamsewak Sangh) beherrschte Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS) zeitweilig auf Distanz zur gewerkschaftsfeindlichen Politik der Modi-Regierung geht.

Wie ihr Budget für das Haushaltsjahr 2018/19 zeigt, setzt die Modi-Regierung ihre populistische Politik der Ankündigung von Modernisierungsprogrammen wie Smart City oder Startup India fort, obwohl deren Beschäftigungswirkungen unklar sind. Das bedeutsame Beschäftigungsprogramm MGNREGS (Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Scheme), das jedem ländlichen Haushalt hundert Tage Arbeit pro Jahr zum Mindestlohn verspricht, erreicht nur ein Drittel der Anspruchsberechtigten. An Stelle von Rechten und Verfassungsgarantien gewährt eine paternalistische Politik ausgewählten Zielgruppen »Hilfen zum Überleben« unterhalb der Armutsgrenze.

Wie ihr Budget für das Haushaltsjahr 2018/19 zeigt, setzt die Modi-Regierung ihre populistische Politik der Ankündigung von Modernisierungsprogrammen wie Smart City oder Startup India fort, obwohl deren Beschäftigungswirkungen unklar sind. Das bedeutsame Beschäftigungsprogramm MGNREGS (Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Scheme), das jedem ländlichen Haushalt hundert Tage Arbeit pro Jahr zum Mindestlohn verspricht, erreicht nur ein Drittel der Anspruchsberechtigten. An Stelle von Rechten und Verfassungsgarantien gewährt eine paternalistische Politik ausgewählten Zielgruppen »Hilfen zum Überleben« unterhalb der Armutsgrenze.

Anmerkungen

- 1 Die MSWU machte sich unabhängig vom All India Trade Union Congress (AITUC), dem Gewerkschaftsverband der Communist Party of India.
- 2 Bei manchem mag es sich auch um »Scheinselbständigkeit« handeln, wenn etwa der Karren des Straßenhändlers »gepachtet« und ihm seine Ware in Kommission überlassen ist. Viele der »Informellen« besitzen nicht mehr als Hemd und Hose, in denen sie nach der Nacht auf dem Bürgersteig um Arbeit anstehen.
- 3 Der Ministerpräsident scheint vergessen zu haben, dass der offizielle Mindestlohn für unqualifizierte TagelöhnerInnen zur Zeit 350 Rupien pro Tag (zirka 4,50 Euro) beträgt.
- 4 Modi verkündete 2016 die Schaffung einer »Unorganised Workers Identification Number« für etwa 400 Millionen Arbeitskräfte. Dieser Plan wurde jedoch wegen der Überschneidung mit dem ehrgeizigen Programm einer umfassenden »Volksnummerierung« aller InderInnen durch eine Aadhaar-Card aufgegeben. Die Aadhaar-Card basiert auf der Erfassung von biometrischen Daten und soll der Lenkung der staatlichen Sozialprogramme dienen – von der Schulspeisung bis zur kostenlosen Verteilung von Haushaltsgasflaschen an arme Frauen.

► **Hanns Wienold** lebt in Indien und ist Autor des Buches »Leben und Sterben auf dem Lande. Kleinbauern in Indien und Brasilien« (Westfälisches Dampfboot 2007).